

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Siegfried Schneider

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Florian Streibl

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Berthold Rütth

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Olympiabewerbung 2018 - Vorteile für Bayern"

Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist der Leiter der Staatskanzlei. Ich darf Sie, Herr Staatsminister, ans Redepult bitten. - Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Sandt. Bitte schön, Frau Kollegin.

Julika Sandt (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, im Zuge der Olympiabewerbung sind zahlreiche wichtige Infrastrukturprojekte geplant. Wir erwarten während der Spiele und natürlich auch danach zahlreiche Gäste. Das wird der lokalen Wirtschaft sicherlich starke Impulse geben, von denen sie profitieren wird. Die Olympischen Spiele 1972 und die Fußball-WM 2006 haben das Bild Deutschlands in der Welt positiv verändert. Für ein Exportland wie Bayern ist das sicherlich von zentraler Bedeutung.

Meine erste Frage: Welche Chancen versprechen Sie sich von der Olympiabewerbung und der Austragung der Olympischen Winterspiele für den Standort Bayern? Diese Frage bezieht sich auf die wirtschaftlichen Chancen.

Ich komme direkt zu meiner zweiten Frage: Welche Impulse werden nach Ihren Erwartungen die Olympischen Spiele für den Breitensport und die Paralympischen Spiele für den Behindertensport in Bayern geben? - Man muss schließlich sehen, dass die Sportstätten stark ausgebaut werden; zum Zweiten haben die Sportbegeisterung, die Atmosphäre und gerade auch die Bewunderung für die behinderten Sportler sehr positive Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft und die Motivation junger Menschen.

In meiner dritten Frage geht es um das Thema Umwelt. 18 Umweltprojekte sind laut dem Bid Book geplant. Die GRÜNEN - das wissen wir - reden das alles schlecht; denen geht das alles nicht weit genug. Man darf aber jetzt nicht nur betrachten, welche Infrastruktur einerseits verwirklicht wird und welche Umweltprojekte wir anderer-

seits haben, sondern man muss das Ganze im globalen Kontext sehen. Olympische Spiele gab es schon in der Antike. Wir haben seit dem 19. Jahrhundert wieder Olympische Spiele. Der olympische Gedanke findet hoffentlich weiter Zustimmung, und zwar nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip und dem Motto: Die sollen doch woanders die Umwelt zerstören. Meine Frage zielt darauf ab: Wie sind Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit in der Münchner Olympiabewerbung im Vergleich mit den Mitbewerberstädten Annecy in Frankreich und Pyeongchang in Südkorea zu bewerten?

In meiner vierten Frage geht es darum: Wie hoch werden die Kosten der Olympischen Spiele aus Ihrer Sicht wirklich sein, und wie bewerten Sie die Kosten-Nutzen-Relation?

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Frau Kollegin, Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die vier Fragen nacheinander zu beantworten. Zunächst einmal ist klar, dass Spiele in dieser Größenordnung natürlich Auswirkungen auf das Renommee Bayerns haben. Anlässlich der Olympischen Sommerspiele von 1972 oder auch der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 haben sich weltweit viele Menschen versammelt, um diese Sportgroßereignisse mitzuverfolgen. Man ahnt, auch bei den Winterspielen 2018 wird ein Milliarden-Fernsehpublikum tagtäglich Bilder aus Bayern und aus Deutschland präsentiert bekommen. Wir haben die Chance, uns als weltoffenes Land zu zeigen. Jeder erinnert sich daran, welch ein Ruck nach der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 durch die Welt gegangen ist. Deutschland hat sich als begeisterungsfähiges, weltoffenes und gastfreundliches Land gezeigt. Bayern wird in besonderer Weise Herzlichkeit und Gastfreundlichkeit auf der einen Seite, aber auch Organisationstalent und Durchführungsfähigkeit auf der anderen Seite unter Beweis stellen. Wir können damit insgesamt positive Impulse für ganz Bayern und Deutschland geben. Deshalb ist die Bewerbung um die Olympischen Win-

terspiele und die Paralympischen Winterspiele 2018 nicht nur eine bayerische, sondern eine nationale Angelegenheit.

Ich komme zum zweiten Fragenkomplex: Was bedeutet das für die wirtschaftliche Entwicklung? - Wir haben zwei große Themenkomplexe. Das sogenannte Non-OCOG-Budget umfasst Infrastrukturmaßnahmen, die erhalten bleiben sollen. Das sind Verkehrsmaßnahmen und Sportstättenmaßnahmen mit einem Volumen von rund 1,5 Milliarden Euro, die durch die Olympischen Spiele ausgelöst werden. Das wirkt in Bayern fast wie ein Konjunkturpaket. Der Kramertunnel und der Wanktunnel im Straßenbau oder Schienenverkehrsmaßnahmen hängen beispielsweise direkt mit der Olympiabewerbung zusammen. Ich denke darüber hinaus an den Ausbau der A 8 und die Ortsumfahrung von Bad Reichenhall sowie die zweite Stammstrecke in München. Das sind Maßnahmen, die auch ohne die Durchführung der Olympischen Winterspiele notwendig wären und die im Bedarfsplan enthalten sind. Diese Maßnahmen können natürlich mit den Olympischen Spielen schneller verwirklicht werden, weil mehr Mittel nach Bayern fließen werden.

Der Themenkomplex "Wirtschaftliche Impulse" wurde vom Wirtschaftsministerium für die Region Garmisch-Partenkirchen bearbeitet. Dabei zeigte sich, dass wirtschaftliche Effekte in einem hohen dreistelligen Millionenbereich zu erwarten sind. Das sind natürlich nur Berechnungen, die acht Jahre vorher, also im Vorfeld stattfinden. Man kann aber davon ausgehen, dass die gesamte Region davon profitieren wird.

Ganz entscheidend sind die Paralympischen Spiele. Für behindertengerechte Spiele ist eine Barrierefreiheit nicht nur bei den Sportstätten wichtig, sondern auch im öffentlichen Personennahverkehr. Ich erwarte, dass ein Ruck durch die Bevölkerung und durch alle Verantwortungsträger gehen wird und sie alle Investitionen auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit sehen werden. Wir wollen einen Teil der Kapazitäten für Zuschauer barrierefrei ausstatten und hoffen, dass wir die barrierefreie Erreichbarkeit der Sportstätten durch die Paralympics weiter verbessern. Ich möchte hier auch Investitionen an Bahnhöfen ins Feld führen.

Die dritte Frage betraf das Umweltkonzept. Ich möchte jetzt nicht - das ist uns aus gutem Grunde auch verboten - über die Mitbewerber sprechen. Ich möchte aber doch festhalten, was das IOC in der Punktzahl beim Mini Bid Book festgestellt hat, dass es nämlich keine andere Bewerbung gibt, die gerade dem Aspekt der Umweltpolitik so viel Aufmerksamkeit geschenkt hat und dort so viele positive Impulse setzen wird wie die Bewerbung von München und Garmisch-Partenkirchen. Wer für Olympische Spiele ist, kann nicht sagen, er lehne sie hier ab und sie sollten irgendwo anders stattfinden. Man muss vielmehr die Gesamtbilanz sehen, und mit ihrer Gesamtbilanz kann sich unsere Bewerbung sehr gut sehen lassen. Wir haben den Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit stark berücksichtigt. Einen Großteil der Sportstätten haben wir bereits gebaut, sodass nur noch wenige zusätzliche Investitionen notwendig sind. Wir werden einen Flächenverbrauch von etwa 0,5 ha haben, also einen relativ geringen zusätzlichen Bedarf. Ich bin davon überzeugt, dass es keine andere Bewerbung gibt, die auf dem Umweltsektor derart punkten kann wie unsere Bewerbung.

Hinzu kommt, dass das olympische Erbe, das immer im Fokus steht, von uns dadurch gewahrt wird, dass das Olympiastadion von 1972 nicht nur in die Bewerbung eingebunden ist, sondern dass dort ein Teil der Olympischen und Paralympischen Spiele 2018 stattfinden wird.

Nun zu den Kosten. Ich habe gesagt, für den Non-OCOG-Bereich sind es 1,5 Milliarden Euro. Für die Durchführung rechnen wir mit 1,3 Milliarden. Der Beitrag des Freistaates beläuft sich auf etwa 225 Millionen. Hinzu kommen natürlich Investitionen, die im Rahmen der regulären Förderung notwendig sind. Von diesen 225 Millionen sind etwa 100 Millionen für das Mediendorf vorgesehen, das in München entstehen wird. Es wird dazu beitragen, dass der Wohnungsmarkt in der Landeshauptstadt München entlastet wird. Etwa 60 Millionen sind für Sportstätten eingeplant. So sollen das Eisstadion in Garmisch-Partenkirchen auf den neuesten Stand gebracht und das Alpseebad saniert und renoviert werden. 40 Millionen sind für Umweltmaßnahmen vorgesehen, wovon ein Teil für das Zentrum für Nachhaltigkeit in Garmisch-Partenkirchen

gedacht ist. Der Freistaat wird wie der Bund 15 Millionen einbringen, um die Paralympischen Spiele auf hohem Niveau durchführen zu können. Die Landeshauptstadt wird sich meines Wissens zusätzlich mit 5 Millionen beteiligen.

Das sind die Kosten, die der Freistaat schultern wird und schultern muss. In diese Kosten sind aber sinnvolle und notwendige Maßnahmen eingebettet, gerade hinsichtlich der Verkehrslast.

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Nachfrage: Frau Kollegin Sandt, bitte.

Julika Sandt (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank für die umfassende Antwort; da bleibt nur noch ganz wenig offen. Ich habe nur noch eine Frage. Sie erwähnten soeben den barrierefreien Ausbau im öffentlichen Personennahverkehr, was für den Standort eine wichtige Neuerung ist. Wie viel Geld soll denn in diesen Bereich fließen?

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Ich kann die Zahlen nicht genau angeben. Wir werden beispielsweise die Bahnhöfe, die an der Strecke liegen, daraufhin untersuchen, ob sie bereits barrierefrei sind, und werden Maßnahmen ergreifen, damit sie bei den Olympischen Spielen barrierefrei sein werden. Wir haben in der Bewerbung angegeben, dass ein ausreichender Prozentsatz der Zuschauertribünen auch barrierefrei zu erreichen ist. Solche Maßnahmen müssen nicht immer sofort Mehrkosten verursachen. Wichtig ist auch, dass die Planer dieses für uns wichtige Thema von Anfang an im Kopf haben. Ich war bei den Paralympischen Spielen in Vancouver ganz bewusst mit der bayerischen Behindertenbeauftragten, um mit ihr die Strecken abzugehen und die Zufahrten zu beobachten. Sie wird uns zum Themenkomplex der Barrierefreiheit eine Rückmeldung geben. Wir haben in der Bewerbergesellschaft - und künftig im Olympischen Komitee - eine Mitarbeiterin aus dem paralympischen Sport, damit eine bestmögliche Bearbeitung dieses Themas gewährleistet wird.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Kollegen Hartmann bitten.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Zunächst eine Vorbemerkung: Wir haben uns nicht pauschal gegen Großveranstaltungen ausgesprochen, sondern wir sprechen uns klipp und klar gegen eine ökologisch und ökonomisch höchst zweifelhafte Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 aus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Meine erste Frage gilt den Kosten. Sie haben soeben den Unterschied zwischen dem Non-OCOG-Budget und dem OCOG-Budget angesprochen. Das OCOG-Budget dient ausschließlich der Durchführung der Winterspiele. Das Non-OCOG-Budget dient laut Ihrer Aussage, die auch richtig ist, dauerhaften Investitionen, zum Beispiel dem Straßen- und Schienenausbau. Wie kann es dann eigentlich passieren, dass im Non-OCOG-Budget bis zu 50 Millionen Euro für Sicherheitsmaßnahmen während der Spiele vorgesehen sind? Das sind definitiv keine Investitionen, sondern nur Ausgaben für die Spiele und müssten über das OCOG-Budget laufen. Sie schreiben in einer Erklärung, die uns vorliegt, immer wieder, das seien nur Sicherheitskosten innerhalb der Stadien und des Olympischen Dorfes. Man muss aber während der Spiele doch auch für die Sicherheit im Außenbereich sorgen. Warum läuft das über das Non-OCOG-Budget?

Im Non-OCOG-Budget ist ein Kostenpunkt vorgesehen, der sich "Gudiberg - Hausberg - Schwaiganger" nennt. Da heißt es wörtlich: "Permanenter Kostenanteil für die Errichtung temporärer Wettkampfstätten." Dafür möchte ich gerne eine Erklärung hören. Permanenter Kostenanteil für temporäre Anlagen, das ist für mich ein Widerspruch. Ich habe gedacht, es ist klipp und klar geregelt, dass temporäre Wettkampfstätten komplett über das OCOG-Budget finanziert werden.

Des Weiteren hätte ich die Frage, wie Sie sicherstellen können, dass die anderen Regionen in Bayern auf ihre Verkehrs- und Infrastrukturprojekte bis 2018 nicht verzichten

müssen, obwohl die gesamten Gelder in den Großraum Garmisch-Partenkirchen fließen.

Ein weiterer Bereich bezieht sich auf meine Frage, ob Sie dem zustimmen, was der DOSB-Präsident Thomas Bach gestern im "Tagesspiegel" zum Investitionsbudget geäußert hat: "Aber wir brauchen keine neuen Eisenbahnlinien, keine neuen Straßen." Wie stehen Sie dazu? Fühlen Sie sich von dieser Aussage nicht ein bisschen veräppelt? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass eine ganze Reihe von Verkehrsprojekten mit ins Spiel kommen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Vielen Dank, Herr Hartmann. Zunächst stelle ich fest, dass Sie gerade versuchen, ein paar Randthemen hochzuziehen, die zwar mit der Bewerbung zusammenhängen, aber nicht die Essentials unserer Bewerbung sind. Ich gehe aber trotzdem gerne darauf ein.

Ihre Anmerkung, dass das Projekt ökologisch zweifelhaft sei, weise ich zurück. Die GRÜNEN selbst sind federführend bei der Erarbeitung des Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepts. Dort ist auch eine Person, die Ihrer Partei angehört. Die GRÜNEN sagen, auch ausweislich des Protokolls, dass es die "ökologischsten Spiele" sind, die jemals stattgefunden haben. Das ist nicht irgendjemand, sondern Ihr Vertreter im Sportausschuss, und Ihre Münchner Stadtratskollegin betont das genauso. Also hören Sie auf zu sagen, das Projekt sei ökologisch zweifelhaft. Die Ökologie ist das Aushängeschild unserer Bewerbung. Das wird weltweit anerkannt, nur von den GRÜNEN nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU, der SPD, der FDP und der Freien Wähler)

Zu den Themen Non-OCOG/OCOG haben wir Fachleute eingesetzt. Das sind Beratungsfirmen, das sind Universitätsprofessoren, die für uns Zahlen berechnet haben.

Es geht um Leistungen der Sicherheit, die für die Durchführung notwendig sind, aber auch um Leistungen, die permanent sind. Jede Einrichtung hat natürlich Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen, die auch nach den Spielen gewährleistet sein müssen.

Ähnliches gilt für die Anlagen. Am Gudiberg gibt es permanente und temporäre Bereiche. In unserer Bewerbung ist es letztlich so, dass wir manche Dinge eben nur temporär und nicht permanent am Ort der Olympischen Spiele haben müssen und haben werden.

Was das Thema Verkehrsinfrastruktur betrifft, so sind wir mit dem Bund in Verhandlungen wegen einer Sonderförderung. Das ist vom Bund auch zugestanden. Es gibt eine Arbeitsgruppe Bund/Land, die genau diese Fragen stellt, weil wir deutlich gemacht haben, dass der Topf, der jetzt für Bayern vorhanden ist, für ganz Bayern zur Verfügung steht, also für Verkehrsmaßnahmen, die in allen Regionen Bayerns notwendig sind. Wenn wir den Zuschlag für Olympia bekommen - das hat der Bund auch mit seiner Unterschrift zum Bid Book bekannt -, dann kommen zusätzliche olympiabe dingte Verkehrsmaßnahmen hinzu. Darüber wird derzeit mit dem Bund in einer Arbeitsgruppe verhandelt, und nach dem Zuschlag wird auch festgelegt, aus welchen Töpfen und bei welchen Häusern das veranschlagt wird.

Zu Ihrer letzten Frage. Ich habe das nicht gesehen und nicht gehört. Aber eindeutig ist, dass wir keine neue Eisenbahnstrecke brauchen, sondern wir ertüchtigen die Strecke nach Garmisch-Partenkirchen: zum Teil soll sie zweigleisig werden, aber auch eine Taktverdichtung ist vorgesehen. Das war ein großer Wunsch der Bevölkerung vor Ort und das ist auch notwendig, um Garmisch-Partenkirchen letztlich auch mit München schneller zu verbinden.

Wir brauchen neue Straßen in dem Sinn, dass wir die Umfahrung Oberau angehen müssen. Dies wird seit 20, vielleicht 30 Jahren aus der Region Garmisch-Partenkirchen gefordert. Wir können es schneller machen durch die Olympiabewerbung. Ähnliches gilt für den Kramertunnel, für dessen Bau bereits die ersten Bohrungen stattfin-

den, und auch für den Wanktunnel. Beide sind im Bedarfsplan enthalten, ließen aber ohne Olympische Winterspiele möglicherweise etwas länger auf sich warten.

Also, wir brauchen Ertüchtigungen, aber das sind Ertüchtigungen, die wir auch ohne Olympische Spiele bräuchten. Wenn die GRÜNEN uns unterstützen, gerade bei der Infrastruktur, bei den Straßen und Verkehrsmaßnahmen, die auch ohne die Olympischen Spiele notwendig sind, wären wir darüber sehr froh.

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Biedefeld das Wort erteilen.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Minister, die Austragung der Olympischen und der Paralympischen Spiele kann für Bayern und für ganz Deutschland eine einmalige Chance werden. So sehen wir das.

Wir sehen aber auch gewisse Voraussetzungen, zum Beispiel was Transparenz und Information betrifft. Meine erste Frage dazu: Wie wollen Sie gewährleisten, dass sowohl der Bayerische Landtag mit seinen Ausschüssen als auch die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich wirklich transparent informiert werden im Hinblick auf Kostenentwicklung, Sicherheit, Ökologie, Wirtschaftlichkeit und anderes mehr?

Zum anderen schließe ich mich der Frage des Kollegen Hartmann an. Uns geht es darum, dass diese Olympischen Spiele ein Erfolg werden, der in alle Regionen Bayerns ausstrahlt, was den Nutzen betrifft. Von daher meine Frage: Wie will die Bayerische Staatsregierung gewährleisten, dass Mittel nicht schwerpunktmäßig im oberbayerischen Raum eingesetzt werden, sondern auch in anderen Bezirken, und dass zwingend erforderliche Infrastrukturprojekte in Bayerns Staatsstraßenbau, aber auch der Ausbau des Breitbandnetzes und Tourismusmaßnahmen in den anderen Regierungsbezirken kontinuierlich weiterfinanziert werden? Ich glaube, das ist eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Olympischen Spiele bayernweit, dass in den nächsten Jahren der Schwerpunkt nicht in Oberbayern liegt.

Sie haben den Bund angesprochen. Wie viele Mittel sind da konkret im Gespräch? Und werden diese Mittel, sollten sie nicht über ein Sonderbudget vom Bund fließen, vom Land im Hinblick auf das Landesentwicklungsprogramm kompensiert, das vorgibt, in allen Landesteilen in Bayern vergleichbare Lebensbedingungen zu gewährleisten bzw. zu realisieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Verehrte Frau Kollegin, es ist zumindest ein Gebot der Klugheit, die Themen transparent zu behandeln. Wir spüren das bei allen Großprojekten. Je offener man mit den Themen umgeht, auch mit den kritischen Themen, je offener die Menschen informiert werden, umso leichter ist es, Menschen zu gewinnen.

Wir haben deshalb ein Olympiagesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, um diese Transparenz zu gewährleisten. Wir werden selbstverständlich - das habe ich im Haushaltsausschuss zugesagt - die Informationen an den Bayerischen Landtag weitergeben, sobald uns neue vorliegen. Eines muss man auch wissen: Die Ausgaben Bayerns sind nicht mit einem Freibrief für die Bayerische Staatsregierung verbunden, sondern der Haushalt wird im Bayerischen Landtag diskutiert und verabschiedet. Da werden auch die Maßnahmen und die Investitionen, die der Freistaat tätigt, diskutiert werden.

Ich selbst war nicht nur mehrmals in Garmisch-Partenkirchen, sondern ich war vor 14 Tagen auch auf einer Bürgerversammlung in Ohlstadt und werde diese Woche noch auf einer Bürgerversammlung in Murnau sein, um den Menschen das, was man jetzt bereits erklären kann, zu erklären und ihre Fragen zu beantworten und vielleicht auch die eine oder andere Aufgabe mit nach Hause zu nehmen. Das gehört zu diesem Prozess.

Das zweite Thema: Die Absicht, dass alle Regionen profitieren sollen, ist uns ein großes Anliegen. Auch wenn die olympischen Austragungsorte in München, in Garmisch-Partenkirchen, Schwaiganger und im Berchtesgadener Land sind, werden wir dafür werben, dass die Trainingsmöglichkeiten, im Allgäu, im Bayerischen Wald und in anderen Destinationen des Oberlandes genauso genutzt werden. Eine Werbung für den Standort Bayern hat natürlich Auswirkungen auf den gesamtbayerischen Raum, gerade was den Tourismus betrifft.

Aber auch Ihre Frage liegt uns sehr am Herzen: Die Mittel, die wir für den jährlichen Bedarf haben, sollen nicht allein auf Oberbayern konzentriert werden. Deshalb verhandeln wir auch mit dem Bund, der sagt: Lasst erst einmal die Werbung erfolgreich sein, dann wird verhandelt. Wir wissen, dass wir mehr Mittel für Bayern brauchen. Die sind im Bid Book enthalten, und der Bund ist auch für die Finanzierung dieser Maßnahmen zuständig. Darum gibt es auch eine Zusage, dass nach einem Zuschlag darüber verhandelt wird.

Man kann natürlich Spiegelfechterei betreiben und sagen, man müsste jetzt schon verhandeln. Wir könnten "heiße Redenschlachten" schlagen und gewichtige Debatten führen, aber wir wissen noch nicht, ob wir den Zuschlag bekommen werden. Dies wird im Juni 2011 entschieden. Die Mittel werden also nicht sofort im August 2011 eingesetzt werden müssen. Das ist noch mit dem Bund zu verhandeln. Von der Bundesregierung gibt es allerdings Signale, dass es zu einer adäquaten Förderung kommen wird. Die Summe kann ich noch nicht sagen. Ich gehe aber davon aus, dass ein zusätzlicher Sondertopf in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen wird, wenn wir diese Maßnahmen verwirklichen wollen.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. Jetzt spricht der Kollege Streibl für die Freien Wähler.

Florian Streibl (FW): Herr Minister, zunächst sage ich Ihnen meinen persönlichen Dank dafür, dass Sie sich so sehr für die Region einsetzen und sich auch dort sehen

lassen. Ich habe eine Frage zur regionalen Wirtschaftsförderung. Wir hatten in den letzten Jahren keine so starke Förderung in unserem Landkreis, wie sie im restlichen Umland von München zu beobachten war. Sehen Sie in der Bewerbung für Olympia eine große Chance für die Wirtschaftsförderung des Landkreises und sehen Sie auch für die jugendliche Bevölkerung dort die Chance, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden?

Meine zweite Frage geht auf die ideelle Wertschöpfung. Sehen auch Sie es so, dass nicht nur Bayern, sondern ganz Deutschland ähnlich wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft der internationalen Welt zeigen könnte, dass wir ein modernes, gastfreundliches Land sind?

Im Übrigen sind wir der Überzeugung, dass wir die ökonomisch und ökologisch nachhaltigste Bewerbung haben. Gerade wir in Bayern haben im Hinblick auf die 40 Jahre des Bestehens unseres Umweltministeriums den Umweltschutz auf unsere Fahnen geschrieben. Wir sagen, wir leben in einer Welt; wir wollen unser bestes Konzept für die Umwelt darstellen und umsetzen und wollen auch nicht darauf vertrauen, dass es in anderen Ländern besser ist. Wir sind überzeugt, dass Olympia bei uns am besten aufgehoben ist. Ich sehe insofern das Verhalten der GRÜNEN als sehr unglaublich an, die die Probleme lieber ins Ausland exportieren, als bei uns saubere und gute Lösungen zu finden.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Kollege Streibl, ich kann Ihrer Analyse nur zustimmen. -

Nun zur regionalen Förderung: Ich habe bereits darauf verwiesen, dass vom Wirtschaftsministerium ein Wertschöpfungspotenzial in Höhe von etwa 500 Millionen Euro berechnet wurde. Man kann davon ausgehen, dass diese Summe für die Region als Potenzial zur Verfügung steht. Hinzu kommt, dass rund 1.300 zusätzliche Beschäftigte

notwendig sein werden, wenn ich nur das Organisationskomitee sehe, um diese Olympischen Spiele durchführen zu können.

Darüber hinaus werden wir Innovationskraft und Umweltkompetenz nicht nur im Umweltkonzept verwirklichen, sondern ich erinnere auch an unsere Beschlüsse in Bezug auf die Elektromobilität in Garmisch-Partenkirchen, München, Neustadt und im Bayerischen Wald, die wir bewusst vorantreiben und am Laufen halten wollen.

Es handelt sich um eine Konzeption, bei der weitestmöglich auf Eingriffe in die Landschaft verzichtet werden soll. Ich habe bereits von den 0,48 Hektar zusätzlichem Flächenbedarf für die Olympischen Spiele gesprochen. Das ist ein kaum zu diskutierender Wert. Das ist so ungefähr ein halber Fußballplatz. Sie sollten sich einmal vorstellen, was da an zusätzlichem Flächenverbrauch permanent zur Verfügung stehen muss.

Und schauen Sie sich den Bedarf an Wohnungen in München an. Wenn wir das Olympische Dorf, das Mediendorf, gestalten, dann geht es da um Plusenergiehäuser mit dem Thema Green Building Material. Alle diese Fragen haben wir in den 18 Projekten des Umweltgedankens und Umweltkonzeptes mit behandelt. Das wird weltweit Maßstäbe setzen. Aber selbstverständlich sind das auch die Maßstäbe für unser Handeln in Bayern und Deutschland. Das ist gut so, denn Bayern ist Vorreiter.

Sie haben vom Umweltministerium gesprochen, das es seit 40 Jahren gibt. Sie wissen aus der Familiengeschichte, wie bedeutsam diese Entscheidung war. Die Olympischen Spiele und die Paralympischen Spiele im Jahre 2018 werden einen erneuten Impuls setzen, olympisches Erbe auch unter dem Gesichtspunkt der Umweltgerechtigkeit zu sehen.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Staatsminister. Für die CSU hat nun Herr Kollege Bachhuber ums Wort gebeten.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, die Olympiagegner behaupten, dass die Olympischen Spiele in München 2018 ein finanzielles Risiko mit sich brächten und dass das vor allem die Kommune Garmisch-Partenkirchen und den Landkreis Berchtesgadener Land überfordern würde.

Meine Frage hierzu: Haben Sie, hat die Staatsregierung Erkenntnisse darüber, ob das Organisationskomitee bei den vergangenen Olympischen Winterspielen Verluste eingefahren hat? Wie wird sichergestellt, dass das finanzielle Risiko für die Kommunen insgesamt überschaubar wird und wie wird dieses Risiko abgesichert?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Sehr geehrter Herr Kollege, wir haben die Gesamtbilanz der Olympischen Spiele in den vergangenen 25 Jahren zurück bis 1984 überprüft. In keinem Fall gab es ein Defizit für das Organisationskomitee. Für Vancouver liegt die Abrechnung zwar noch nicht vor, aber ich gehe davon aus, dass auch hier kein Verlust zu erwarten ist.

Da man aber diese Sicherheit auch für uns gewährleisten muss, gibt es für den unwahrscheinlichen Fall, dass es Verluste geben sollte, einen Beschluss, mit dem sich der Bund, der Freistaat und die Landeshauptstadt verpflichten, jeweils ein Drittel des Risikos zu tragen. Das ist ganz bewusst von diesen drei Partnern so beschlossen worden, denn wir wissen, dass die Stadt Garmisch-Partenkirchen und der Landkreis Berchtesgadener Land selbst eine solche Risikoübernahme nicht stemmen könnten.

Darüber hinaus haben wir für alle Grundstückseigentümer durch ein bestimmtes Verfahren sichergestellt, dass dann, wenn Grundstücke für eine temporäre Nutzung zur Verfügung gestellt werden, dies auch für diese Eigentümer ohne Risiko ist. Vor den Spielen wird eine Begehung und eine Feststellung der Werte in Begleitung auch des Bauernverbandes stattfinden und nach den Spielen wird es eine zweite Begutachtung geben. Darüber hinaus hat der Freistaat - das soll im Olympiagesetz verabschiedet

werden - Bürgschaften hinterlegt, die sicherstellen sollen, dass für die Kommune und den Landkreis sowie für alle Betroffenen keine untragbaren Risiken entstehen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Minister. Nun folgt für die CSU noch Kollege Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Mir erscheint für diese Austragungsregion besonders wichtig, welche Impulse wir speziell durch diese Infrastrukturmaßnahmen zu erwarten haben. Welche Impulse erwarten Sie, die dort nachhaltig sein werden?

Zweite Frage. Gibt es angesichts der Gelder, die wir dort in die Infrastrukturmaßnahmen investieren, über diese Olympischen Spiele hinaus für die Austragungsregion etwas, das wir als Erbe für diese Region erwarten können?

Dritte Frage. Wir brauchen selbstverständlich einen dauerhaften Impuls für die Austragungsregion hinsichtlich des Tourismus über das Jahr 2018 hinaus. Welche Strategie sehen Sie, Herr Minister, wenn wir diese Investition dort in Bezug auf die Nachhaltigkeit einbringen wollen?

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Kollege, ich darf zur Infrastruktur noch einmal darauf hinweisen, dass die Maßnahmen, die durch Olympia beschleunigt verwirklicht werden können, alle in den Bedarfsplan einbezogen sind. Es sind nicht nur Themen, die plötzlich wegen Olympia aufgetaucht sind, sondern es sind langjährige Forderungen aus der Region. Wir können bei einem positiven Zuschlag für Olympia 2018 natürlich auch ganz anders gegenüber dem Bund auftreten und sagen: Wenn wir ein Stück Dynamik entwickeln wollen, müssen jetzt die Mittel fließen, um Olympia realisieren zu können.

Deshalb werden Fragen wie Umfahrung von Oberau, Verbesserung der Schienenanbindung, Taktverdichtung und ähnliches einschließlich der zweiten Stammstrecke in München oder der Ausbau der A 8 mit einem positiven Votum versehen werden müs-

sen, damit sie auch an Dynamik gewinnen und Potenzial für die Verhandlungen für uns bedeuten.

Zweites Thema, das Erbe für die Region: Ich nehme als Beispiel das Zentrum für Nachhaltigkeit in Garmisch-Partenkirchen. Wir wissen, dass es seit vielen Jahren ein Wunsch ist, auch für Garmisch-Partenkirchen und den gesamten Landkreis eine solche Einrichtung zu haben, die in den akademischen Bereich hineingeht. Wir wollen in diesem Zentrum für Nachhaltigkeit wichtige Fragen, auch des Tourismus und des Klimaschutzes im Alpenraum, mit behandeln. Nach unseren Überlegungen soll das nicht nur isoliert ein bayerisches Thema sein, sondern wir streben die Zusammenarbeit mit Südtirol, mit der Schweiz und mit Österreich an. Dieses Thema reicht natürlich über den Alpenraum hinaus in andere Regionen hinein, sei es auf dem asiatischen oder auch dem amerikanischen Kontinent. Es gilt also, einen Nukleus zu schaffen. Der Klimaschutz, die Nutzung von Gebirgsregionen und die Beantwortung der Fragen hierzu stehen weltweit auf der Tagesordnung. Das ist sicher ein Erbe für die Region.

Zum dritten Punkt, dem Tourismus: Ich sehe, welche Maßnahmen notwendig sind, damit wir beim Standard und im Qualitätsangebot noch ein Stück nach vorne kommen. Da wird jeder zustimmen. Olympia bietet die Chance, dass diese Investitionen in größerem Maße und schneller verwirklicht werden, nicht nur, weil fünfeinhalbtausend Athleten aus 80 Ländern und etwa 10.000 Medienvertreter bei diesen Spielen sein werden. Das wird auch für die Hotellerie und Gastronomie einen Schub bedeuten. Dieser Schub ist nicht nur notwendig, um den Wintertourismus zu fördern. Für den Sommertourismus sind eine gute Infrastruktur, eine gute Hotellerie und Gastronomie genauso wichtig. Man darf das eine nicht gegen das andere ausspielen. Es wird Impulse geben. Die Rückmeldung gerade aus dieser Branche zeigt schon: Wir warten darauf, den Zuschlag zu bekommen. Wir versprechen uns da wirklich Vorteile und Chancen, und die wollen wir auch in die Region bringen.

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion nun Herr Kollege Rüth, bitte schön.

Berthold Rüth (CSU): München möchte die nachhaltigsten Winterspiele in der olympischen Geschichte durchführen. Herr Oberbürgermeister Ude bringt immer wieder den Eine-Welt-Gedanken ins Gespräch. Ich frage Sie: Wird dieser Gedanke, dieser Anspruch dem tatsächlichen Konzept auch gerecht? Glauben Sie, dass das auch so kommen wird?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Kollege, wir sind überzeugt, dass wir diesem Anspruch gerecht werden. Schauen Sie, mit wie viel Input die Fragen in der Landeshauptstadt angegangen werden, wie man letztlich den bestehenden Olympia-Park energetisch auf die Notwendigkeiten bringt, wie man das Olympische Dorf ganz bewusst unter Plus-Energie-Gesichtspunkten baut, wie man die Medientdörfer unter diesen Aspekten sieht. Weit über 1.000 Wohneinheiten werden auch den Wohnungsmarkt in München entlasten.

Wir haben ferner das Thema Elektromobilität. Neben dem Zentrum für Nachhaltigkeit geht es auch um die Almwirtschaft. Eines der Projekte ist die CO₂-Einsparung, auch in den Sportstätten und Schulen. Es ist also ein Zusammenwirken vieler Partner: Der Freistaat leistet etwas, der DOSB, die Landeshauptstadt und der Bund. Letztlich wird es für die gesamte Umweltthematik und Umweltproblematik einen Schub geben.

Ich bin überzeugt, um das nochmals deutlich zu machen, dass derjenige, dem es wirklich um die Umwelt geht und der nicht sein ideologisches Spielchen treibt, festhalten muss: Olympische Spiele mit diesem Konzept sind die schonendsten, was die Umwelt, die Sportstätten, die Verdichtung und die Verkehrswege betrifft. Da können wir mit gutem Gewissen sagen: Wir haben freundliche Spiele für die Welt, für die Athleten, aber auch für unsere Umwelt. Das ist unser Anspruch, und den wollen wir auch verwirklichen.

(Beifall bei der CSU, bei der FDP und den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Stachowitz das Wort, bitte schön.

Diana Stachowitz (SPD): Frau Präsidentin! Herr Minister, die SPD steht hinter den Olympischen Spielen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Wir haben uns dafür ganz klar ausgesprochen.

Als Erstes möchte ich mich nochmals bei Ihnen persönlich, aber auch insgesamt dafür bedanken, dass zwischen dem rot-grün-regierten München und der aus CSU und FDP bestehenden Staatsregierung eine so gute Zusammenarbeit stattfindet. Das zeigt: Der Sport schafft es, dass man über die Grenzen hinweg zusammenarbeitet.

Ich möchte als sportpolitische Sprecherin nochmals auf den Breitensport eingehen. Der Breitensport muss natürlich davon profitieren. Das ist uns allen klar. Auch im Landessportbeirat ist dies immer wieder ein Thema. Im Bereich Paralympics, gerade beim Behindertensport, kann es durch die Olympischen Spiele einen immensen Schub geben, auch in Bezug auf die Investitionen. Wir wissen, der Breitensport ist die Grundlage für den Spitzensport, der durch die Olympischen Spiele entsprechend ausgestaltet wird. Wie können wir damit rechnen, dass die Unterstützung des Breitensports auch hier in den Finanzmitteln eine Grundlage findet? Vielleicht stellen Sie nochmals den Integrationsfaktor Sport dar, nicht nur für die Migranten, die sozial Schwachen und die Reichen, sondern auch für die Behinderten.

In Richtung der GRÜNEN möchte ich sagen: Bedenkenträger können Probleme der Zukunft nicht lösen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und der FDP)

Wir haben bei der Fußball-WM gesehen, wie ein Volk von einer solchen weltweiten Sporteuphorie getragen wird. Sie sind grundsätzlich ein Gegner von Großsportveranstaltungen und des Wintersports. Dann sagen Sie es einfach.

Zur Frage der Nachhaltigkeit und zum sozialen Wohnungsbau haben Sie schon etwas gesagt. Hier fließen 114 Millionen Euro in die Ökologie und die Nachhaltigkeit. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was der geplante Ausbau der Zugstrecke in diesem Bereich an Ökologie und Nachhaltigkeit bedeutet. Diese Vorlagen - ich kann es mir nicht verkneifen - habe ich schon als Stadträtin in München bearbeitet. Das ist kein neues Thema, sondern wird schon lange behandelt. Vielleicht können Sie nochmals darstellen, wie lange dieses Thema schon auf der Tagesordnung steht und welche Gremien hier schon entschieden haben. Der Zug ist abgefahren. Leider bleibt mir wahrscheinlich nicht mehr die Zeit darüber zu reden.

(Zuruf)

- Doch!

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, Sie haben keine Zeit mehr, Frau Kollegin.

Diana Stachowitz (SPD): Oh, ich habe ein Minus, schade.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich war mit Ihnen sehr großzügig.

Diana Stachowitz (SPD): Ich verweise nur noch auf das Feuilleton in der heutigen "Süddeutschen Zeitung", einen lesenswerten Artikel zu den Olympischen Spielen 2018.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Verehrte Frau Kollegin, zunächst einmal herzlichen Dank für das Lob, auch für die gute Zusammenarbeit mit Rot-Grün in München. Ich möchte aber deutlich machen, das hat nichts mit anderen Themen zu tun. Hier arbeiten wir sehr, sehr gut zusammen, und das ist auch notwendig. Ich bedanke mich auch dafür, dass wir im Bayerischen Landtag eine breite Mehrheit haben, weil das Vorhaben für Bayern wirklich Chancen eröffnet. Und: Wenn man

ein großes Projekt erfolgreich durchziehen will, braucht man ein hohes Maß an Übereinstimmung in unserer Gesellschaft. Das ist im Bayerischen Landtag und, davon bin ich überzeugt, auch in der Bevölkerung gegeben.

Das Thema wird bereits lange diskutiert, Sie haben es angesprochen. Trotzdem müssen wir auf die Fragen der Menschen Antworten finden, natürlich kritische Rückmeldungen ernst nehmen und in unsere Überlegungen einbeziehen. In Garmisch-Partenkirchen war eines der wichtigsten Themen, dass man die Menschen ernst nimmt und nicht sagt: Das ist schon mal beschlossen worden, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden. Es gilt vielmehr, die Themen abzuarbeiten, und das passiert hier bei uns, das passiert im Rathaus der Landeshauptstadt und auch vor Ort, wie es notwendig ist.

Zum Thema Breitensport: Wir haben gemeinsam mit dem DOSB und damit auch mit dem Bayerischen Landessportverband intensiv über die Frage diskutiert, was wir beitragen können. Allein die Vorfreude auf ein solches Ereignis wird natürlich auch den Sportvereinen Türen öffnen und Möglichkeiten schaffen, junge Menschen sozusagen von der stationären Freizeitgestaltung vom Bildschirm wegzubekommen und sie zu veranlassen, Sport zu treiben. Es ist ein ganz wichtiger gesellschaftspolitischer und gesundheitspolitischer Aspekt, die Verbindung ernst zu nehmen und behinderten Kindern und Jugendlichen Sportmöglichkeiten zu zeigen und zu eröffnen. Wer selbst einmal bei den Paralympics war und gesehen hat, wie Mono-Skifahrer, Blinde oder Behinderte mit Arm- oder Beinamputationen auf höchstem Niveau Sport treiben, stellt fest: Das macht auch jungen Menschen, die möglicherweise durch einen Unfall an einer Querschnittslähmung leiden, wieder mehr Mut. Wenn sie mit jungen paralympischen Sportlern sprechen, spüren Sie, mit welcher Lebensfreude diese Menschen von ihrem Sport berichten und was ihnen der Sport wieder gegeben hat. Das müssen Sie der Bevölkerung vermitteln. Ich denke an unsere Olympiasieger, zum Beispiel an Frau Bentele, die zeigt, was ein blinder Mensch alles leisten kann, oder an unsere Skifahrer, die exzellente Leistungen erbracht haben. Das sind riesige Chancen für unsere gesellschaftliche Entwicklung, die weit über den Sport hinausgehen.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, was Nachwuchsarbeit und Nachwuchsgewinnung bedeuten: Ich war in Ohlstadt bei einer Diskussion. Dort waren drei Olympiasieger dabei: Zimmerer, Utzschneider und Gaisraiter. Der eine oder andere kennt sie noch. Ich bin davon überzeugt, dass sie unsere jungen Abgeordneten vielleicht nicht mehr kennen. Sie sind aber in ihrer Gemeinde präsent. Es war ein Jubel, als die 60- und 70-jährigen Medaillengewinner aufgestanden sind. Das war ein Schub für das Dorf, das wünsche ich mir auch bei der Bewerbung für 2018.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Winter 2011 die Skiweltmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen, die Weltmeisterschaft im Eisschnelllauf in Inzell und die Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaft am Königssee erleben. Dabei werden auch Emotionen freigesetzt. Ich bin davon überzeugt, dass diese Sportereignisse auch die ideellen Werte in unserer Gesellschaft stärken werden.

Zur Zugesbindung, dem Thema, das Sie angesprochen haben: Wer dafür ist, Verkehr von der Straße wegzubringen, muss attraktive andere Angebote machen. Der teilweise zweigleisige Ausbau und die Taktverdichtung werden dazu führen, dass wir auf der Autobahn weniger Verkehr haben. Die Menschen, die beruflich in München tätig sind, müssen daher nicht auf den Münchner Wohnungsmarkt drängen, sondern können sich ein Stück Heimat bewahren, weil sie eine attraktive, schnelle und umweltschonende Anbindung an ihren Arbeitsplatz im Großraum München haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben vorher erwähnt, dass es nie ein Defizit für ein Organisationskomitee der Spiele gab. Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass es dort nie ein Defizit geben kann, weil in allen Ländern der Steuerzahler haften und ein Defizit ausgleichen musste? Würden Sie mir zustimmen, wenn ich darauf verweise, dass deshalb in Turin vorher circa 20 % staatliche Mittel geflossen sind?

Vorher haben Sie erwähnt, dass temporäre und dauerhafte Anlagen gebaut werden. Das ist vollkommen richtig. Meine Frage war: Wo werden diese Kosten verbucht? Das gilt auch für die Ausgaben für die Sicherheit. Das Non-OCOG-Budget zahlt der Steuerzahler. Bei diesem wird man die Kosten kaum aufschlüsseln können, während man sie beim OCOG-Budget einigermaßen nachvollziehen kann. Ich habe das Gefühl, dass die Sicherheitsausgaben auf den Steuerzahler verlagert werden, um die Kosten gering zu halten.

Eine dritte Frage noch: Thomas Bach hat gestern in der Presse geäußert, dass die Einnahmen des IOC höher sein werden, als es eingeplant war. Er nennt Einnahmen für Fernsehrechte in Höhe von 440 Millionen US-Dollar und Einnahmen aus dem Top-sponsorenprogramm in Höhe von 200 Millionen US-Dollar. Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass Sie mit diesen Einnahmen in der Kostenschätzung bereits rechnen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Kollege, Sie stellen zum Teil Fragen, die sehr suggestiv sind und die man nicht beantworten kann, weil keiner Garantien geben kann. Die bisher angestellten Berechnungen weisen aus, dass das OCOG-Budget ausgeglichen ist. Ich habe die einzelnen Zahlen nicht parat, aber in den zurückliegenden Jahren war es immer ausgeglichen. Auch in Vancouver geht man davon aus, dass es ausgeglichen sein wird.

Temporäre Anlagen werden über das OCOG-Budget finanziert. Sie werden aus den Einnahmen von rund 1,3 Milliarden Euro finanziert, die jetzt geschätzt und mit bestimmten Wechselkursen zum US-Dollar auf das Jahr 2018 hochgerechnet wurden. In diesen Einnahmen sind unter anderem auch Einnahmen vom IOC enthalten. Nach unseren Auflistungen sind es etwa 318 Millionen Euro. Das entspricht 440 Millionen US-Dollar. Auf die einzelnen Punkte kann ich jetzt nicht eingehen. Diese Berechnungen haben Fachleute durchgeführt. Ich kann sie nicht verifizieren. Wenn Sie mich fragen,

ob ich nachweisen kann, dass es genauso ist, muss ich Nein sagen. Wir können nach dem Wissen, das wir jetzt haben, und aus der Verantwortung, die wir für unseren Freistaat tragen, nur sagen: Die Einnahmen sind gut durchgerechnet, man kann davon ausgehen, dass die Prognosen erfüllt werden. Mehr kann Ihnen niemand sagen. Es wird immer ein Restrisiko bleiben, und es ist auch richtig, dass dieses Restrisiko benannt wird. Darum haben wir die Bürgschaft übernommen. Wenn es nicht reichen sollte, was wir aber nicht glauben, müssten der Freistaat Bayern, der Bund und die Landeshauptstadt das Defizit mittragen. Zur Seriosität gehört, dass man diesen eventuellen Fall öffentlich benennt. So wird es auch in dem von uns eingebrachten Olympiagesetz definiert.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch Herr Kollege Piazolo für die Freien Wähler das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Herr Staatsminister, wie Sie wissen, stehen die Freien Wähler uneingeschränkt hinter der Olympiabewerbung 2018. Wir wissen Ihre Bemühungen zu schätzen, insbesondere auch Ihre Bemühungen für Garmisch-Partenkirchen. Nun war in den letzten Tagen zu lesen, dass Sie eine neue Herausforderung suchen. So sehr wir Verständnis dafür haben, dass Sie diese Regierung verlassen wollen, so groß ist unsere Sorge, weil dieser Ausstieg exakt in der heißen Phase der Olympiabewerbung erfolgen wird. Offensichtlich soll er im Februar erfolgen. Deshalb meine Frage: Ist es richtig, dass Sie sich um das Amt des Präsidenten der BLM bewerben wollen?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wie schätzen Sie die Folgen ein, wenn nun auch Sie als Koordinator ausscheiden, nachdem schon Herr Bogner aus dem Organisationskomitee ausgeschieden ist? Glauben Sie nicht, dass es im Ausland einen schlechten Eindruck macht, wenn in einer so wichtigen Phase zwischen der Einreichung des Bid Books und der Entscheidung das zuständige Regierungsmitglied ausgewechselt wird?

(Beifall bei den Freien Wählern - Alexander König (CSU): So ein Schmarrn!)

Präsidentin Barbara Stamm: Weit ausgeholt, Herr Kollege! Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Ich beantworte die Fragen zur Olympiabewerbung gerne. Zunächst einmal ein herzliches Wort des Dankes für das Lob, das Sie ausgesprochen haben. Die Bewerbung wird vom DOSB, der Landeshauptstadt und den jeweiligen Kommunen getragen. Der Freistaat Bayern ist zu wenigen Anteilen daran beteiligt. Ich danke Ihnen, dass Sie mir diese herausragende Bedeutung bei der Olympiabewerbung zumessen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, es besteht im Hohen Haus kein Bedürfnis mehr für Nachfragen. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich schliesse diesen Tagesordnungspunkt.